

Mehr Freiheit durch mehr Chancen

Beschluss des 105. Landesparteitags am 31. März/1. April 2017

Wir Freien Demokraten unterscheiden uns von allen anderen Parteien durch unser freiheitliches Lebensgefühl und unsere Liebe zur Freiheit. Wir wissen wie viel Kraft, Stärke und Kreativität in jedem Einzelnen steckt – wenn man sie und ihn nur lässt. Wir sind offen für Fortschritt und vertrauen auf Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Verantwortung der Menschen in Deutschland. Unser Ziel ist eine Republik der Chancen und dieses Ziel verfolgen wir mit unserer Politik für die Mitte der Gesellschaft.

Deutschland und den Menschen, die hier leben, geht es gut. Nicht wegen, sondern trotz der Politik der schwarz-roten Bundesregierung. Die Konjunktur brummt, die Steuereinnahmen klettern von Rekord zu Rekord, die Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefstand. Also Grund genug, sich bequem zurückzulehnen? Wir Freie Demokraten sagen: Nein!

Jetzt müssen durch eine kluge und vorausschauende Politik die Weichen gestellt werden, damit es uns auch morgen noch gut geht. Wir wollen einen liberalen Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft, damit Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt und wir unseren Wohlstand erwirtschaften können. Dazu wollen wir unsere Arbeitsmärkte flexibler machen, überbordende Bürokratie beseitigen und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Unsere Kinder sollen durch weltbeste Bildung auf die Anforderungen der Arbeitswelt von morgen vorbereitet werden.

Balance zwischen Bürger und Staat

In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen, Haushaltsüberschüssen und niedrigen Zinsen müssen die Bürger entlastet werden. Die anderen Parteien nehmen sich das Geld der Bürger und machen damit das, was sie selbst für richtig halten. Wir aber wollen den Bürgern mehr von ihrem Einkommen lassen, damit sie ihre eigenen Pläne verwirklichen. Deshalb muss der Soli weg und die Kalte Progression abgeschafft werden.

Wohneigentum ist eine wichtige Säule zur Alterssicherung und entlastet den Mietwohnungsmarkt. Deshalb fordern wir einen Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro für die Grunderwerbssteuer für das erste selbst genutzte Haus.

Weltbeste Bildung

Das Kennzeichen unserer Sozialpolitik ist, dass wir den Menschen und ihren Fähigkeiten etwas zutrauen. Wir wollen Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in eigener Verantwortung zu führen. Nicht ein Aufblähen unseres Sozialstaates, sondern gute Schulen und Hochschulen sind die beste Sozialpolitik für unser Land. Durch weltbeste Bildung wollen wir jeden Einzelnen stark machen. Dabei darf die soziale Herkunft eines Kindes keine Rolle spielen. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit und müssen daher jedes einzelne Kind nach seinen Fähigkeiten und Begabungen fördern. Dazu wollen wir die frühkindliche Bildung, die Qualität in einem ausgeweiteten Ganztagsangebot und eine möglichst breit angelegte Lehrerbildung stärken.

Das sogenannte Kooperationsverbot soll abgeschafft werden, das dem Bund und den Ländern die gemeinsame Finanzierung von Bildungseinrichtungen bisher untersagt. Weltbeste

Bildung ist ein Mondfahrtprojekt, daher muss sich der Bund an der Bildungsfinanzierung beteiligen können.

Mut zur sozialen Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft hat unser Land großgemacht, ihr verdanken wir unseren Wohlstand. Die soziale Marktwirtschaft benötigt einen starken Ordnungsrahmen mit klaren und fairen Regeln. Dazu gehört, dass Risiko und Haftung für wirtschaftliches Handeln untrennbar zusammengehören; die Tarifautonomie ist konsequent einzuhalten.

Wir wollen Deutschland zur Gründerhochburg machen. Unternehmensgründungen bringen Dynamik in den Wettbewerb um die besten Geschäftsmodelle, die besten Produkte und die besten Dienstleistungen. Dazu soll schon in der Schule die Lust auf eine Unternehmerkarriere durch eine Erweiterung des Kursangebots in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Recht geweckt werden. Auch im ersten Uni- oder Ausbildungsjahr sollen Entrepreneurkurse angeboten werden. Wir fordern ein erstes weitgehend bürokratiefreies Gründerjahr.

Mehr Markt, aber keine Planwirtschaft brauchen wir auch auf dem Energiesektor. Wir wollen den Emissionshandel ausweiten und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen. Es hat keine sinnvolle ökologische Steuerungswirkung, belastet aber Verbraucher und Unternehmen über Gebühr und gefährdet den Industriestandort Deutschland.

Funktionierende und moderne Infrastruktur

Eine moderne und funktionierende öffentliche Infrastruktur ist das Rückgrat für eine dynamisch wachsende Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu gehören die umfassende Modernisierung der Bundesverkehrswege auf Straßen, Wasser und Schienen sowie die flächendeckende Bereitstellung leistungsfähiger Datennetze, mit der Möglichkeit privater Mitfinanzierung. Die Investitionsquoten in den Etats des Bundes und der Länder sind zu gering, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Freien Demokraten fordern eine Umsteuerung in den öffentlichen Haushalten zugunsten von mehr Investitionen in die Infrastruktur sowie die Erschließung privaten Kapitals für diesen Zweck.

Durchsetzungsfähiger Rechtsstaat

Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Unter Berufung auf Terroranschläge der letzten Monate wurde immer wieder der Ruf nach schärferen Gesetzen laut. Aber wir können unsere Freiheit nicht sichern, indem wir sie einschränken. Deshalb lehnen wir die von der Großen Koalition beschlossene anlasslose flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ab. Statt die Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen, ist eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Europa mit dem Ziel einer effektiven Überwachung sogenannter Gefährder erforderlich. In einem ersten Schritt sind dazu vorbehaltlos und umfassend die Handlungsdefizite der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder überarbeiten, damit die Menschen in unserem Land das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückgewinnen und sich nicht populistischen Parteien zuwenden.

Modernes Einwanderungsrecht und Flüchtlingspolitik

Deutschland hat einen Bedarf nach qualifizierter Zuwanderung. Dazu brauchen wir ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht, das nach klar definierten Kriterien – wie Alter, Ausbildung und Sprachkenntnissen – regelt, wer eingeladen werden soll, in unserem Land auf Dauer zu leben und zu arbeiten.

Unabhängig davon haben wir in Deutschland eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen, solange zu helfen, bis sich die Situation im Heimatland wieder verbessert hat, so dass sie in ihr Land zurückkehren können.

Neustart für Europa

Die Europäische Union ist für Deutschland als Exportnation und für Hamburg mit seinem Hafen unverzichtbar, weil sie uns den Zugang zum größten gemeinsamen Markt der Welt sichert. Mit Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA haben wir die Chance, als westliche Wertegemeinschaft die Standards für den Welthandel von morgen zu prägen.

Spanien und Portugal verstoßen gegen den Stabilitätspakt, auf Geldbußen will man trotzdem verzichten. In Italien sollen Banken aus Steuermitteln gerettet werden und in Griechenland kommen die Reformen nicht voran. Die Folgen: Der Reformdruck in den Krisenstaaten sinkt, die Schulden wachsen. Weitere Regelverletzungen in der EU wird die FDP nicht mittragen.

Doch Europa besteht nicht nur aus ökonomischen Kennziffern. So ist die Europäische Union das größte Friedensprojekt der Geschichte. In den 60 Jahren nach Abschluss der Römischen Gründungsverträge hat es zwischen Mitgliedsländern keinen Krieg mehr gegeben.

Die achtbare Bilanz der Europäischen Union wird nicht dadurch geschmälert, dass sie in eine Vertrauenskrise gekommen ist. Um die Disharmonien zu überwinden fordern wir Freie Demokraten einen Neustart der EU. Dabei gilt es die wertorientierten Grundlagen der EU, die FDP-Politiker wie Walter Scheel und Hans Dietrich Genscher maßgeblich mit entworfen haben, zu bewahren und weiter zu entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Europäischer Konvent einberufen wird, der notwendige Änderungen an den Europäischen Verträgen vornehmen soll, um die Europäische Union effizienter und bürgernäher zu machen. Wir wollen ein Initiativrecht und die volle Gesetzgebungskompetenz für das Europäische Parlament. Die Europäische Kommission soll effizienter werden, indem die Anzahl ihrer Mitglieder verringert wird.

Wir Freie Demokraten haben einen klaren Kurs und klare Überzeugungen, die auf unserer freiheitlichen Weltsicht und unserem liberalen Menschenbild fußen. Unsere Überzeugungen brauchen wieder eine Stimme im Deutschen Bundestag.

Überlassen wir die Bühne nicht den sozialdemokratischen Parteien, die jetzt im Bundestag vertreten sind und die glauben, mit den Instrumenten von vorgestern den Kampf um eine bessere Zukunft gewinnen zu können. Und überlassen wir sie erst recht nicht selbsternannten Alternativen, die mit Hass und Ressentiments Stimmung machen, die Ängste schüren, aber keinerlei Antworten auf die Herausforderungen haben, vor denen wir stehen.

Wir haben unser Ziel klar vor Augen: Wir wollen eine bessere Politik in Deutschland, mit mehr Freiheit durch mehr Chancen.